

Zur Vereinbarkeit rationalistischer und kulturalistischer Ansätze in der Politikwissenschaft

Koß, Michael

Published in:
Zeitschrift für Politikwissenschaft

DOI:
[10.5771/1430-6387-2007-1-43](https://doi.org/10.5771/1430-6387-2007-1-43)

Publication date:
2007

Document Version
Verlags-PDF (auch: Version of Record)

[Link to publication](#)

Citation for pulished version (APA):
Koß, M. (2007). Zur Vereinbarkeit rationalistischer und kulturalistischer Ansätze in der Politikwissenschaft: Das Beispiel der Parteienfinanzierung in Schweden. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 17(1), 43-60.
<https://doi.org/10.5771/1430-6387-2007-1-43>

General rights

Copyright and moral rights for the publications made accessible in the public portal are retained by the authors and/or other copyright owners and it is a condition of accessing publications that users recognise and abide by the legal requirements associated with these rights.

- Users may download and print one copy of any publication from the public portal for the purpose of private study or research.
- You may not further distribute the material or use it for any profit-making activity or commercial gain
- You may freely distribute the URL identifying the publication in the public portal ?

Take down policy

If you believe that this document breaches copyright please contact us providing details, and we will remove access to the work immediately and investigate your claim.

Zur Vereinbarkeit rationalistischer und kulturalistischer Ansätze in der Politikwissenschaft: Das Beispiel der Parteienfinanzierung in Schweden*

Rationalistische und kulturalistische Ansätze stehen sich in der Politikwissenschaft dem Anschein nach unvereinbar gegenüber. Rationalistische Ansätze betonen die Bedeutung materieller Faktoren für politische Prozesse und zielen vor allem auf Akteure und ihre endogenen Interessen sowie die Bedeutung von Institutionen ab. Kulturalistische Ansätze betonen hingegen die Rolle kulturell tradierter Codes, die der Entstehung der Interessen der Akteure gleichsam vorangehen und ihre kollektiven Identitäten prägen. Für Rationalisten ist die Welt demnach maßgeblich durch den Willen der Akteure geprägt, während sie für Kulturalisten eher einer Vorstellung gleicht, in der die Akteure exogen bestimmte Rollen spielen. Wendet man beide Ansätze auf ein konkretes Problem, hier die Entwicklung der Parteienfinanzierung in Schweden nach 1945, an, so zeigt sich, dass erst rationalistische und kulturalistische Ansätze zusammen eine befriedigende Erklärung für bestimmte politische Phänomene liefern können. Institutionen werden hier als Entscheidungspunkte operationalisiert, die Interessen der Akteure als Ziele der Parteien. Die maßgeblichen Diskurse sind diejenigen über institutionelle Spenden an Parteien sowie politische Korruption. Nur gemeinsam vermögen die Verfassungsreform von 1970, der daraus resultierende Wandel der Ziele der schwedischen Parteien und schließlich die Spezifika der genannten Diskurse die überwiegend staatliche Finanzierung der schwedischen Parteien und den stark konsensorientierten Modus der Entscheidungsfindung zu erklären. Rationalistische und kulturalistische Perspektiven lassen sich gewinnbringend kombinieren. Auch die politische Welt sollte als Wille und Vorstellung verstanden werden.

* Ich danke der Party Research Group der Universität Sussex, namentlich Tim Bale, Dan Hough, Aleks Szczerbiak, Paul Taggart und Paul Webb sowie den Teilnehmern des Forschungsseminars „Das Methodenspiel: Wahrheit oder Pflicht? Zum Zusammenhang von Methode und Inhalt in den Wissenschaften“ der Studienstiftung des deutschen Volkes für ihre Anmerkungen zu früheren Versionen dieses Beitrags.

Inhalt

1. Einleitung	44
2. Rationalistische und kulturalistische Ansätze in der Politikwissenschaft	46
a) Die rationalistische Perspektive: Akteure, Ziele und Institutionen	46
b) Die kulturalistische Perspektive: Diskurse	47
3. Die Erklärung verschiedener Parteienfinanzierungsregime in rationalistischer und kulturalistischer Perspektive	49
a) Die rationalistische Perspektive: Entscheidungspunkte und Parteiziele	49
b) Die kulturalistische Perspektive: Diskurse über institutionelle Spenden und politische Korruption	51
4. Die Entwicklung der Parteienfinanzierung in Schweden	52
a) Kurzer Abriss der relevanten Entscheidungen	52
b) Die Bedeutung der Institutionen	53
c) Die Bedeutung der Ziele der Parteien	54
d) Die Bedeutung der Diskurse über institutionelle Spenden und politische Korruption	56
5. Fazit	57
Literatur	58

1. Einleitung

„Wer die methodologische Sorge bis zur Obsession treibt, erinnert tatsächlich an jenen Kranken, von dem Freud berichtet, der seine Zeit mit dem Putzen seiner Brille verbrachte, ohne sie je aufzusetzen.“ (Bourdieu 1991: 6)

In der Politikwissenschaft drängt sich bisweilen der Eindruck auf, die „methodologische Sorge“ diene vor allem dazu, Forschungsgebiete wie Claims gegeneinander abzustecken. In diesem Beitrag soll es um die Frage gehen, inwieweit zwei häufig für unvereinbar erklärte Ansätze, der rationalistische und der kulturalistische, miteinander kombiniert werden können. Stellvertretend für viele sei hier auf David Marsh und Paul Furlong verwiesen, die in ihrem politikwissenschaftlichen Einführungswerk argumentieren, positivistische und interpretative Ansätze seien „not interchangeable because they reflect fundamental different approaches to what social science is and how we do it“ (2002: 21). Rationalistische Ansätze stellen den Mainstream der Forschung dar. Die Politikwissenschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr zu einer „empirischen Sozialwissenschaft mit positivistischem Grundton“ (Mergel 2004: 413) gewandelt. In jüngerer Zeit untermauern selbst qualitativ arbeitende Forscher ihre Positivismusbemühungen. Prägnantes Beispiel hierfür ist der akteurszentrierte Institutionalismus, der im Folgenden als Beispiel für rationalistische Ansätze herangezogen werden soll. Gleichzeitig halten neuere kulturalistische Ansätze nun auch in der Politikwissenschaft Einzug. Insbesondere der

Begriff des „Diskurses“ hat Eingang ins Forschungsvokabular gefunden, er soll auch auf seinen praktischen Nutzen hin geprüft werden.

In der Tat differieren der rationalistische und der kulturalistische Zugang in vielerlei Hinsicht: Rationalisten betonen oftmals exklusiv die Rolle von Institutionen und individuellen Zielen für politisches Handeln, Kulturalisten die Bedeutung kultureller Codes. Was aber spricht gegen die Annahme, dass politische Akteure in ihrem Handeln von Institutionen, ihren eigenen Präferenzen und vorherrschenden diskursiven Praktiken beeinflusst werden und dass diese Faktoren sich wechselseitig beeinflussen?

Eine methodische Schule in der Politikwissenschaft, in der just diese Debatte geführt wird, ist der sogenannte neue Institutionalismus. Dabei stehen sich ein Rational-Choice-basierter Ansatz und ein strukturalistisch-kulturalistischer Ansatz gegenüber (Kaiser 2001: 263). Die Mittelposition nimmt der historische Institutionalismus ein. Ihn vertrete ich in diesem Beitrag. Hier soll es jedoch nicht darum gehen, die Überlegenheit eines Ansatzes den anderen gegenüber vorzuführen, sondern vielmehr die grundsätzliche Kompatibilität all dieser Ansätze aufzuzeigen. So wie die Begriffe „rationalistisch“ und „kulturalistisch“ hier gebraucht werden, ähneln sie den Termini „materialist-oriented analysis“ und „norm-oriented analysis“, zwischen denen auch Kathleen Thelen die neue Spannungslinie zwischen den verschiedenen (institutionalistischen, aber auch anderen) Ansätzen zieht (1999: 380, Fn. 12). „Rational“ ist hier also nicht synonym für „Rational Choice“ zu lesen.

In diesem Beitrag wird die These vertreten, dass rationalistische und kulturalistische Perspektiven durchaus miteinander vereinbar sind. Am Beispiel der Analyse der Entwicklung von Parteienfinanzierungsregimes lässt sich zeigen, wie ergiebig es ist, rationalistische und kulturalistische Ansätze zu kombinieren. Der Beitrag gliedert sich in drei Teile: Zunächst sollen kurz die Spezifika rationalistischer und kulturalistischer Ansätze herausgearbeitet und anhand jeweils einer typischen Untersuchung vorgestellt werden. Im nächsten Schritt wird dargelegt, wie die Genese von Parteienfinanzierungsregimen aus rationalistischer bzw. kulturalistischer Perspektive untersucht werden kann. Abschließend versuche ich am Beispiel Schwedens zu zeigen, dass beide Ansätze zusammengenommen eine bessere Erklärung für die Einführung und den Ausbau der dortigen staatlichen Parteienfinanzierung liefern als rationalistische oder kulturalistische Ansätze allein dies könnten.

Schweden bietet sich als Fallbeispiel deshalb an, weil hier eine der am weitesten reichenden Reformen der Parteienfinanzierung vorgenommen wurde. Finanzierten sich die schwedischen Parteien bis 1965 noch ausschließlich aus privaten Mitteln, vor allem Mitgliedsbeiträgen und Unternehmensspenden, so wandelte sich dieses Bild binnen weniger Jahre vollständig. Durch die Einführung einer staatlichen Parteienfinanzierung auf der nationalen (1965) und vor allem auf der kommunalen Ebene (1969) schnellte die Staatsquote in der Finanzierung der schwedischen Parteien rapide in die Höhe. Nachdem die bürgerlichen Parteien in den 70er-Jahren auch noch freiwillig auf die Annahme von Unternehmensspenden verzichteten, finanzierten sich die schwedischen Parteien fortan ganz überwiegend aus staatlichen Mitteln (Gidlund 1983: 243-248, 284; 1991: 46). Im Mittelpunkt des empirischen Teils steht also die Frage, wie eine derart umfassende Reform eines Parteienfinanzierungsregimes aus rationalistischer und kulturalistischer Sicht erklärt werden kann.

2. Rationalistische und kulturalistische Ansätze in der Politikwissenschaft

a) Die rationalistische Perspektive: Akteure, Ziele und Institutionen

Als Beispiel eines rationalistischen Ansatzes in der Politikwissenschaft soll hier der sogenannte akteurszentrierte Institutionalismus vorgestellt werden. Er versteht sich nicht als originäres Erklärungsmodell, sondern lediglich als „Forschungsheuristik“ (Mayntz/Scharpf 1995: 39). Seine Essenz ist die Annahme, dass „soziale Phänomene als das Produkt von Interaktionen zwischen intentional handelnden – individuellen, kollektiven oder korporativen – Akteuren erklärt werden müssen. Diese Interaktionen werden jedoch durch den institutionellen Kontext, in dem sie stattfinden, strukturiert und ihre Ergebnisse dadurch beeinflusst“ (Scharpf 2000: 1).¹ Wichtig ist hier vor allem die Annahme, dass Akteure intentional handeln, letztlich also „ihre“ eigenen Ziele verfolgen. Externe Einflüsse auf das Handeln von Akteuren gehen nach dieser Lesart allein von Institutionen aus.

Dementsprechend ist der Institutionenbegriff des akteurszentrierten Institutionalismus relativ eng. Er umfasst explizit keine kulturellen Phänomene. Als Institutionen gelten letztlich nur Regelsysteme, die auch juristisch kodifiziert sind, d. h. in Gesetzen, Geschäftsordnungen etc. auftauchen. Wer davon ausgeht, dass Akteure auch einer kulturell geprägten „logic of appropriateness“ (March/Olsen 1989: 55) folgen, argumentiert nach dieser Lesart „kryptodeterministisch“ (Mayntz/Scharpf 1995: 45). „Kultur“ tritt für Rationalisten immer dann als *deus ex machina* auf den Plan, wenn das Verhalten von Akteuren anders nicht mehr erklärbar ist. Um kryptodeterministischen Argumentationsmustern zu entgehen, erklären Renate Mayntz und Fritz Scharpf politische Entscheidungen als Folge verschiedener Interaktionsstile, die sich aus dem Zusammenspiel von institutionellem Kontext, konkreter Handlungssituation und den „Handlungsorientierungen“ der Akteure ergeben (1995: 47-60).

Das typische Forschungsdesign des akteurszentrierten Institutionalismus lässt sich am besten anhand eines konkreten Beispiels illustrieren. In einer groß angelegten vergleichenden Studie ist Fritz Scharpf der Frage nachgegangen, wieso vier Länder, die sich zu Beginn der 70er-Jahre in ökonomisch guter Verfassung befanden und von sozialdemokratischen Parteien regiert wurden (Schweden, Großbritannien, Österreich und Deutschland), sich im Zuge der Ölpreiskrise hinsichtlich der Wahrung von Vollbeschäftigung und Preisstabilität sehr verschieden entwickelten (Scharpf 1987). Als maßgebliche Akteure identifiziert Scharpf Regierungen, Gewerkschaften und Zentralbanken. Von diesen war allein den Regierungen an Preisstabilität und Vollbeschäftigung gelegen, während die Gewerkschaften einseitig dem Ziel der Vollbeschäftigung den Vorrang gaben und die Zentralbanken dem Ziel der Preisstabilität. Scharpf erklärte die verschiedenen Entwicklungspfade in den einzelnen Ländern institutionell anhand dreier Variablen: dem Grad der Zentralisie-

1 Der akteurszentrierte Institutionalismus steht damit zwischen historischem und Rational-Choice-basiertem Institutionalismus, da hier sowohl die Intentionalität als auch die Pfadabhängigkeit von politischem Handeln anerkannt werden (Kaiser 2001: 267 ff.)

nung der Gewerkschaften, der Autonomie der Zentralbanken, der Stärke der sozialdemokratischen Parteien und damit der generellen Bedeutung des Ziels der Vollbeschäftigung.

Für uns ist an diesem Beispiel allein von Bedeutung, dass materielle Politikergebnisse vergleichend erklärt werden, und zwar ohne Rückgriff auf „weiche“ kulturalistische Erklärungen. Was zählt, sind letztlich allein die Akteure (Regierungen, Gewerkschaften, Zentralbanken) und ihre Ziele (Preisstabilität, Vollbeschäftigung) sowie der institutionelle Kontext (Stärke der Regierungsparteien, Zentralisierung der Gewerkschaften, Autonomie der Zentralbanken). Auf diese Weise gelangen rationalistische Ansätze zu relativ unkomplexen Erklärungsmustern, die den Vergleich verschiedener Fälle ermöglichen.

b) Die kulturalistische Perspektive: Diskurse

Kulturalistische Ansätze gehen hingegen von der Annahme aus, dass es neben Institutionen im engeren Sinne und den Zielen von Akteuren noch eine weitere, eben kulturell codierte Größe gibt, die politisches Handeln prägt. Kulturalistische Ansätze suchen somit gleichsam nach dem „hidden curriculum der Moderne“ (Reckwitz 2004: 37) jenseits der formalen Effizienzkriterien, auf denen rationalistischen Ansätze basieren. Sie fragen zum einen nach den – stillschweigend vorausgesetzten oder konflikthaft einander gegenüberstehenden – kulturellen Codes, die (rationale) Interessen definieren, mithin also den kollektiven Identitäten, die den Zielen der Akteure zugrunde liegen.²

Methodisch greifen kulturalistische Ansätze vor allem auf die Analyse von Diskursen zurück. Diskurse sind die Summe aller in einer Gesellschaft anzutreffenden kulturellen Muster, also „die Gesamtheit derjenigen Sprechweisen sowie bedeutungstragenden sozialen Praktiken, Artefakte, Texte, Objekte, in denen diese Kulturmuster oder Episteme realisiert, angewandt oder verändert werden“ (Brier 2004: 112). Diskurse sind für die Interessen der Akteure gleichsam konstitutiv.

Der erfolgreichste politische Diskurs schlechthin ist der Staat. Niemand hat ihn je gesehen, anders als von vielen intuitiv unterstellt hat er auch keinesfalls schon immer existiert, dennoch wird er allgemein anerkannt (Landwehr 2003: 106). Die Pointe ist, dass dieser Lesart zufolge alle politische Macht nur auf diskursiven Zuschreibungen beruht. Diskurse verfügen – darin Institutionen ähnlich³ – über eigene Macht und prägen Akteure gleichermaßen wie sie auch von ihnen geprägt werden. Die Analyse von Diskursen ist bemüht, diejenigen Deutungsmuster aufzuspüren, die politischem Handeln zugrunde liegen und fragt darüber hinaus nach deren Veränderbarkeit.

- 2 Bereits Max Weber hat auf den Unterschied zwischen Interessen und den ihnen zugrunde liegenden Ideen verwiesen: „Interessen (materielle und ideelle), nicht: Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber: die ‚Weltbilder‘, welche durch ‚Ideen‘ geschaffen wurden, haben sehr oft die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte“ (Weber 1972: 252).
- 3 Cum grano salis könnte man behaupten, dass die Grenzen zwischen dem, was als Diskurs und dem, was als Institution angesehen wird ohnehin fließend sind. March und Olsen (1984, 1989) beispielsweise haben einen sehr weiten Institutionenbegriff, der explizit auch kulturelle Phänomene umfasst. Wie wir gesehen haben, stößt dies bei den rationalistischen Vertretern des neuen Institutionalismus um Mayntz und Scharpf auf wenig Gegenliebe.

Auch der kulturalistische Zugang sei kurz an einem konkreten Beispiel erläutert. Andreas Dörner hat sich mit neuem Blick einem altbekannten Phänomen genähert: dem Wahlkampf. Anders als rationalistisch argumentierende Forscher, die in Wahlkämpfen lediglich den Versuch erblicken, rationalen Entscheidern klare Informationen über die Eigenschaften politischer Programme zu geben oder ihre Stimmen zu gewinnen, betrachtet Dörner Wahlkämpfe vor allem als „eine rituelle Inszenierung des ‚demokratischen Mythos‘“ (2002). Er zeigt, dass in Gesellschaften, in denen Politik vor allem medial vermittelt wird, der Status der Politiker ständig zwischen Realität und Fiktion, zwischen inner- und außermedialer Existenz oszilliert. Auf diese Weise werden Politiker zu „hyperrealen Medienfiguren“, die an reale Figuren anknüpfen und sie in einem semiotischen Prozess zu Zeichen transformieren, an denen sich Diskurspositionen festmachen lassen. Wahlkämpfe erscheinen so nicht als Versuch, die Massen zu manipulieren, sondern als eine „politische Verständigungsprozedur“, die allein deshalb, weil sie gewissen Regeln folgt, einen stabilisierenden Effekt hat. Die Inszenierungen moderner Wahlkämpfe stellen nach dieser Lesart ein gemeinsames „Feierspiel“ dar, in dem sich die Akteure gegenseitig ihrer Bedeutung versichern (Mergel 2004: 419). Diese Inszenierungen sind Teil des „Politainment“ (Dörner 2001), der gegenseitigen Verschränkung von Politik und Entertainment, der dominanten Form der heutigen Politikvermittlung im Kontext der medialen Erlebnisgesellschaft.

Erscheinen die Inszenierungen moderner Wahlkämpfe – ebenso wie das Politainment insgesamt – aus rationalistischer Perspektive bestenfalls als dysfunktional, schlimmstenfalls als manipulativ, so gelangt Dörner zu einem differenzierteren Urteil. Indem er auch den vor- und außerpolitischen Kontext von Wahlkämpfen (nämlich die mediale Erlebnisgesellschaft) in Betracht zieht, kommt er zu dem Schluss, dass moderne Wahlkämpfe zwar auf der einen Seite vereinfachend und instrumentalisierbar sind, dass aber andererseits die Inszenierung eine notwendige Begleiterscheinung moderner Politik ist, ohne die die Komplexität politischer Strukturen nicht mehr kommunizierbar wäre. Ohne „Entertainisierung“ der Politik wären weite Teile des Elektorats schlicht nicht zu erreichen. Dörners Studie ist für kulturalistische Ansätze insofern typisch, als sie nach den Kontexten politischer Phänomene fragt sowie den vor- und außerpolitischen Aspekt von Politik, d. h. die Frage nach den politischen Handlungen vorgängigen kulturellen Werten, berücksichtigt.

Sehen rationalistische Ansätze politische Ereignisse maßgeblich durch den endogenen Willen der Akteure determiniert, stellen diese Ereignisse nach kulturalistischer Lesart oftmals nur eine vordergründige Vorstellung dar, der noch ein anderer, kulturell – und damit exogen – determinierter, Sinn zugrunde liegt. Die Suche nach dem auf den ersten Blick gar nicht in den Bereich des Forschungsobjekts Fallenden, dem „hidden curriculum der Moderne“ ist es, die kulturalistischen Ansätzen den Ruch einer obskuren Veranstaltung einbringt. Ob damit jedoch wirklich der Tatbestand des Kryptisierens erfüllt ist oder ob die Welt nicht gleichsam Wille (der Akteure) und Vorstellung (im Sinne von Schauspiel) sein kann, wird im Folgenden zu fragen sein. Zuvor muss jedoch gezeigt werden, wie rationalistische und kulturalistische Perspektiven überhaupt auf das Problem der Parteienfinanzierung angelegt werden können.

3. *Die Erklärung verschiedener Parteienfinanzierungsregime in rationalistischer und kulturalistischer Perspektive*

a) *Die rationalistische Perspektive: Entscheidungspunkte und Parteiziele*

In der Politikwissenschaft gibt es eine Debatte darüber, ob unterschiedliche Formen der Parteienfinanzierung für die unterschiedliche organisatorische Entwicklung von Parteien verantwortlich sind. Insbesondere die Einführung staatlicher Zuwendungen an politische Parteien wurde dabei mit dem Auftreten sogenannter „Kartellparteien“, die kaum noch in der Zivilgesellschaft verwurzelt seien, in Verbindung gebracht (Katz/Mair 1995). Es stellt sich also die Frage, warum in einigen Ländern eine staatliche Parteienfinanzierung eingeführt wurde, in anderen jedoch nicht. Die prägnantesten Unterschiede hinsichtlich des Anteils staatlicher Zuwendungen an den Einnahmen der Parteien weisen unter den etablierten Demokratien Großbritannien und Schweden auf. In Großbritannien wurden die Wahlkampfausgaben der Parteien limitiert, ihre Einnahmemöglichkeiten blieben jedoch unverändert. In Schweden war das Gegenteil der Fall: Die Ausgaben der Parteien blieben unangetastet, dafür wurden ihnen durch staatliche Zuweisungen erheblich höhere Einnahmen gewährt. Die Einführung einer staatlichen Parteienfinanzierung war interessanterweise in beiden Ländern diskutiert worden, da die finanziellen Probleme der Parteien dort (wie überall in Westeuropa) zunahmen, nicht zuletzt durch immer teurere Wahlkampagnen und insbesondere die Fernsehwerbung.

Will man die Ursachen für die unterschiedlichen Entscheidungen über die staatliche Parteienfinanzierung aus rationalistischer Perspektive analysieren, gilt es, die Handlungsorientierungen und den institutionellen Kontext, in dem Parteien agieren, zu operationalisieren. Um den institutionellen Handlungsrahmen von Parteien vergleichend analysieren zu können, bietet sich das von André Kaiser entwickelte Konzept der Entscheidungspunkte an. Kaiser zufolge gibt es verschiedene „institutionelle Regimes“ (1998: 537 ff.; 2002: 70 f.), die in unterschiedlichen Politikfeldern wirken. Der Begriff des institutionellen Regimes impliziert, dass es keine Hierarchie der Institutionen gibt und dass nicht zwangsläufig alle Institutionen eines politischen Systems der gleichen Logik folgen. Als Entscheidungspunkt gilt jede Institution, in der politische Akteure potenziell die Politikproduktion beeinflussen können, sei es gestaltend oder verhindernd. Je mehr Entscheidungspunkte Akteuren in einem politischen System zur Verfügung stehen, desto schwieriger dürfte es sein, politische Inhalte (*policies*) zu verändern. Es lassen sich drei Arten von Entscheidungspunkten unterscheiden:

1. *Einflusspunkte*: Diese geben Akteuren die Möglichkeit, ihre eigene Position zu verdeutlichen, ohne dass die Entscheidungsträger gezwungen wären, sie zu berücksichtigen. Dies kann etwa in Institutionen der Fall sein, die an formalisierten Konsultationsverfahren beteiligt sind, ohne über eigene Entscheidungskompetenzen zu verfügen.

2. *Vetopunkte*: Sie geben Akteuren in verflochtenen Entscheidungsprozessen die institutionell angelegte Chance, Politikergebnisse gutzuheißen, zu modifizieren oder zu blockieren. Ein Beispiel für einen Vetopunkt wären parlamentarische Kammern, die – analog

zum deutschen Bundesrat – bestimmten Gesetzesmaterien ihre Zustimmung verweigern können.

3. *Autonome Entscheidungspunkte*: Hier verfügen Akteure über autonome Entscheidungsmacht, beispielsweise in Verfassungsgerichten oder Zentralbanken.

Anders als in anderen Institutionentypologien wird hier nicht vom Institutionengefüge konkreter politischer Systeme abstrahiert. Stattdessen werden durch die Identifizierung von bestimmten Entscheidungspunkten aus dem Kreis aller Institutionen, die potenziell die Mehrheitsherrschaft einschränken, diejenigen vergleichend analysierbar, die für eine spezifische Fragestellung von Belang sind. Im Folgenden sollen mithilfe des Konzepts der Entscheidungspunkte diejenigen Institutionen ermittelt werden, mittels derer die schwedischen Parteien versucht haben, die Entscheidungen über die staatliche Parteienfinanzierung zu beeinflussen.

Die zweite wesentliche Kategorie, mit der rationalistische Ansätze Entscheidungsprozesse analysieren, sind die Ziele der Akteure. Für die Frage nach der Entwicklung von Parteienfinanzierungsregimen sind allein die Parteien die maßgeblichen Akteure. Ziele von Parteien sind relativ einfach abstrakt zu ermitteln. Grundsätzlich können Parteien drei verschiedene Ziele anstreben.⁴

1. *Regierungsteilhabe* (office-seeking): Bei diesem Ziel geht es Parteien vor allem um die konkreten Vorteile, die sich aus der Regierungsteilhabe ergeben, d. h. in erster Linie die Möglichkeit, selbst Regierungsposten einzunehmen und in der Folge bei der Besetzung wichtiger Posten mitzuentscheiden. Demgegenüber ist die inhaltliche Beeinflussung der Regierungspolitik zweitrangig.

2. *Programmverwirklichung* (policy-seeking): „Policy-seeking parties“ sind in vielerlei Hinsicht das Gegenstück zu „office-seeking parties“. Sie verfügen entweder über eine ausdifferenzierte Programmatik oder widmen sich primär der Umsetzung eines einzigen inhaltlichen Anliegens.

3. *Stimmenmaximierung* (vote-seeking): Dabei liegt das primäre Ziel von Parteien schlicht darin, Wahlen zu gewinnen. Parteien, die nach Stimmenmaximierung streben, vereinen üblicherweise eine heterogene Wählerschaft.

Keines der genannten Ziele wird von Parteien ausschließlich verfolgt, dennoch lassen sich Präferenzen ermitteln. Das wichtigste Unterscheidungskriterium, anhand dessen sich das jeweils dominante Ziel einer Partei feststellen lässt, ist das Verhältnis zwischen Basis und Führung (Wolinetz 2002: 155 ff.). Bei Parteien, die nach Programmverwirklichung streben, ist das Maß an innerparteilicher Demokratie grundsätzlich am höchsten. Die Parteiorganisation ist dezentralisiert, der Parteitag spielt eine wichtige Rolle, die Parteiführung hängt in relativ hohem Maße von den Mitgliedern an der Basis ab. Parteien, die nach Stimmenmaximierung streben, zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass ihre Organisation in hohem Maße auf eine effektive Wahlkampfführung ausgerichtet ist. Die Parteiführung spielt eine ungleich einflussreichere Rolle als in „policy-seeking parties“. Sie legt die politischen Inhalte fest, nicht zuletzt unter dem Aspekt, wie erfolgversprechend diese als Wahlkampfthemen eingesetzt werden können. Sichtbarstes Merkmal des primären Strebens einer Partei nach Regierungsteilhabe sind Wolinetz zufolge risikoarme Wahlkampff-

4 Ausführlicher dazu Ström 1990: 566 ff.; Ström/Müller 1999: 5-9; Wolinetz 2002: 150-153.

strategien, in denen potenzielle Koalitionspartner nicht verprellt werden sollen sowie ein hohes Maß an Patronagetätigkeit. Darüber hinaus verfügen „office-seeking parties“ kaum über ehrenamtliche Aktivisten. Das Engagement geht nahezu ausschließlich von Amts- und Mandatsträgern aus.

Die abstrakte Klassifizierung des institutionellen Kontextes und der Ziele von Parteien verdeutlicht den großen Vorteil rationalistischer Ansätze: Das hohe Maß an Abstraktion ermöglicht den Vergleich von mehreren Fällen. Auf diese Weise lassen sich relativ einfach Entscheidungssituationen in verschiedenen Ländern vergleichend analysieren. Die Einführung staatlicher Parteienfinanzierung wird so beispielsweise auf die institutionellen Entscheidungspunkte, die Parteien zur Verfügung stehen und die Ziele, die sie verfolgen, zurückgeführt. An dieser Stelle wird deutlich, dass allein die Wahl der Fragestellung schon notwendigerweise die Forschungsperspektive determiniert. Je weiter die Fragestellung einer Untersuchung gefasst ist, desto eher bedarf sie eines sparsamen Untersuchungsdesigns, wie es rationalistische Ansätze verheißen. Die Frage nach den Ursachen für die Genese verschiedener Parteienfinanzierungsregime ist eng genug gefasst, um auch den kulturalistischen Blick auf die Entscheidungssituation zuzulassen. Anders als in Scharpfs Studie treten dabei tatsächlich nur die Parteien als Akteure auf, andere gesellschaftliche Akteure (wie bei Scharpf etwa die Zentralbanken und die Gewerkschaften) spielen eine nachgeordnete Rolle.

b) Die kulturalistische Perspektive: Diskurse über institutionelle Spenden und politische Korruption

Aus kulturalistischer Perspektive stehen bei einer Analyse der Einführung staatlicher Parteienfinanzierung vor allem die kollektiven Identitäten im Mittelpunkt, die den Interessen der Akteure (also hier der Parteien) zugrunde liegen. Diese Identitäten spiegeln sich vor allem in zwei Diskursen, die potenziell einen großen Einfluss auf die Entscheidungen über die staatliche Parteienfinanzierung haben. Von besonderer Bedeutung ist, dass beide Diskurse zwar auch von den Parteien geführt werden, aber eben nicht exklusiv. Sie drücken ebenso gesellschaftliche Dispositionen aus, denen die Parteien unterworfen sind und die – zumindest aus kulturalistischer Perspektive – für die Formierung ihrer Interessen konstitutiv sind.

Zum einen ist dies der Diskurs über institutionelle Spenden an politische Parteien, d. h. Unternehmens- und Gewerkschaftsspenden. Sie stellten in aller Regel die wichtigsten Einnahmequellen der Parteien vor der Einführung staatlicher Parteienfinanzierung (und teilweise auch danach) dar. Für die Positionen der Parteien zur staatlichen Parteienfinanzierung kann bedeutsam sein, in welchem Maße die beiden Spendenformen in der Öffentlichkeit als legitim angesehen werden.

Eng damit verknüpft ist zum anderen der Diskurs über die politische Korruption. Unabhängig von deren realem Ausmaß kann Parteien der Ruch anhaften, sich illegal zu finanzieren. Ebenso können auch formal legale Unternehmens- und/oder Gewerkschaftsspenden im Verdacht stehen, Entscheidungen von Parteien zu „kaufen“. Ebenso gut kann auch die Meinung vorherrschen, staatliche Zuwendungen korrumpierten die politischen Parteien, was die Einführung einer staatlichen Parteienfinanzierung erschweren dürfte.

Diese Operationalisierung des Diskursbegriffes für meine Fragestellung mag angesichts der theoretischen Hochrüstung zeitgenössischer Diskursanalysen etwas kurz gegriffen erscheinen. Anders ist die Verwendung kulturalistischer Ansätze in vergleichender Perspektive jedoch kaum realisierbar. Kritische Leser seien auf das Eingangszitat Bourdieus verwiesen. Wichtiger erscheint die Frage, ob die Berücksichtigung kulturalistischer Perspektiven zusätzlichen Erkenntnisgewinn verspricht. Dies wird im folgenden Abschnitt zu ermitteln sein.

4. Die Entwicklung der Parteienfinanzierung in Schweden

a) Kurzer Abriss der relevanten Entscheidungen

Wie bereits erwähnt, machen staatliche Zuwendungen den ganz überwiegenden Teil der Einnahmen schwedischer Parteien aus.⁵ In Schweden wurde 1965 eine staatliche Parteienfinanzierung eingeführt. Der wichtigste Akteur im schwedischen Parteiensystem waren damals (und sind bis heute) die Sozialdemokraten, daneben existieren eine Linkspartei (bis 1967 Kommunistische Partei), das Zentrum, die liberale Volkspartei und die konservativen Moderaten (bis 1969 Rechtspartei). Die Zentrumspartei bildet die Brücke zwischen den eher bürgerlichen Liberalen und Moderaten und den Sozialdemokraten. In den 90er-Jahren gelangten weiterhin eine grüne sowie eine christdemokratische Partei ins Parlament, die jedoch hier von nachgeordneter Bedeutung sind, da die letzte substanzielle Entscheidung über die staatliche Parteienfinanzierung 1991 erfolgte.

Obwohl die Idee einer staatlichen Parteienfinanzierung zuerst von einem liberalen Abgeordneten aufgebracht wurde (Ahlmark 1964), waren die Sozialdemokraten die treibende Kraft hinter der ursprünglichen Einführung der staatlichen Parteienfinanzierung von 1965. Ihnen ging es vor allem um die Rettung ihrer defizitären Zeitungen mithilfe der staatlichen Zuwendungen (Andrén 1968).⁶ Vor allem die Volkspartei und die Rechtspartei, deren Zeitungen finanziell wesentlich besser dastanden und den Markt dominierten, widersetzten sich der Einführung der staatlichen Zuwendungen, allerdings halbherzig und ohne Erfolg.

1969 wurde eine weitere Form der staatlichen Parteienfinanzierung eingeführt. Im Zuge einer groß angelegten Kommunalreform waren sich alle Parteien einig, dass staatliche Zuwendungen an die Parteien zur Stärkung der „kommunalen Demokratie“ unabdinglich seien. Auseinandersetzungen gab es lediglich darum, ob ein die kleinen Parteien begünsti-

- 5 Da es in Schweden kein Transparenzgebot für Parteien gibt, ist es schwierig, den genauen Anteil der staatlichen Mittel an den Einnahmen der Parteien zu ermitteln. Berücksichtigt man allein die Einnahmen der Parteizentralen, ergeben sich für das Jahr 2002 Staatsquoten zwischen 36 % (Sozialdemokraten) und 82 % (Christdemokraten) (SOU 2004: 44, Tab. 2.1). Da die staatliche Parteienfinanzierung auf der kommunalen Ebene jedoch den Löwenanteil der öffentlichen Zuwendungen ausmacht, dürften die realen Staatsquoten noch deutlich höher liegen. Interviews führten zu Beginn der 90er-Jahre zu dem Ergebnis, dass die kommunalen und regionalen Organisationen aller schwedischen Parteien sich zu 75 bis 90 % staatlichen Quellen finanzierten (Finansdepartementet 1994: 81).
- 6 Nahezu alle schwedischen Zeitungen waren im Besitz von politischen Parteien und sind es im Prinzip bis heute, auch wenn der Einfluss der Parteien auf die Inhalte der Zeitungen abgenommen hat.

gender Sockelbetrag eingeführt werden sollte. Auch dabei konnten sich die Sozialdemokraten, die zu diesem Zeitpunkt über eine absolute Mehrheit in beiden Kammern des schwedischen Parlaments verfügten, durchsetzen, auf den Sockelbetrag wurde verzichtet (Gidlund 1983: 189, 200, 214). Erst 1972 konnten die kleinen Parteien den Sozialdemokraten Zugeständnisse abringen. Die damals vorgenommene Reform der staatlichen Parteienfinanzierung auf der nationalen Ebene trug eindeutigen Kompromisscharakter. Damals wurde gemäß dem Willen der kleinen Parteien ein Sockelbetrag eingeführt, allerdings blieb dieser auf einen Teil der Zuwendungen begrenzt, was wiederum den Sozialdemokraten entgegenkam. Noch wichtiger war die explizite Festschreibung der Regel, dass alle zukünftigen Vereinbarungen über die staatliche Finanzierung der Parteien in „größtmöglicher Einigkeit“ getroffen werden sollten (Justitiedepartementet 1972: 45). Die schwedischen Parteien haben sich damit gesetzlich zum Konsens in Fragen der staatlichen Parteienfinanzierung verpflichtet. Nach 1972 gab es nur noch eine substanzielle Reform der staatlichen Parteienfinanzierung, als 1991 – wiederum einvernehmlich – ein Sockelbetrag auch für die kommunale Parteienfinanzierung beschlossen wurde (Civildepartementet 1991: 46 f.).

Im Folgenden soll nun dargelegt werden, welche institutionellen Entscheidungspunkte den schwedischen Parteien in den jeweiligen Entscheidungen über die staatliche Parteienfinanzierung zur Verfügung standen und welche Ziele sie in diesen verfolgten. Abschließend wird zu fragen sein, welchen Einfluss die Diskurse über die Unternehmens- bzw. Gewerkschaftsspenden sowie politische Korruption auf die Entscheidungen der Parteien hatten.

b) Die Bedeutung der Institutionen

Ein Blick auf die Entwicklung der institutionellen Entscheidungspunkte des schwedischen politischen Systems vermag zu erklären, warum sich das Muster der Entscheidungsfindung nach 1969 grundlegend änderte. Hatten bis zur Entscheidung über die kommunale Parteienfinanzierung die Sozialdemokraten einseitig dominiert, so schrieben die Parteien 1972 explizit konsensuelle Lösungen fest. Institutionell lässt sich dieser Wandel durch die Einführung des Einkammerreichstages von 1970 erklären, durch die der Parteienwettbewerb in Schweden grundlegend verändert wurde. Vor 1970 war die Dominanz der Sozialdemokraten im schwedischen Parteiensystem gleichsam institutionell abgesichert. Im bis dahin existierenden Zweikammersystem war jede Kammer formal mit gleichen Rechten ausgestattet, beide Kammern mussten jeweils allen Gesetzen (mit Ausnahme des Haushalts) mehrheitlich zustimmen (Halvarson 1999: 81). Auf diese Weise verfügten die Sozialdemokraten, die seit 1942 permanent eine absolute Mehrheit in der indirekt gewählten ersten Kammer besaßen, bis zur Einführung des Einkammerreichstages 1970 über einen legislativen Vetopunkt, der es ihnen grundsätzlich ermöglichte, missliebige Gesetze schlicht zu blockieren.

Die Sozialdemokraten waren damit die natürliche Regierungspartei Schwedens und stellten in der Tat von 1936 bis 1976 durchgehend den Ministerpräsidenten. Erst die Verfassungsreform von 1970 brachte mehr Dynamik in den schwedischen Parteienwettbewerb.

werb, indem sie den Sozialdemokraten einen Vetopunkt nahm und stattdessen den kleinen Parteien einen solchen zubilligte. Dies geschah vor allem durch zwei Neuerungen: Zum einen wurde die erste Kammer abgeschafft, sodass dieser Vetopunkt der Sozialdemokraten entfiel. Zum anderen wurde das Wahlrecht proportionaler gestaltet, sodass es nun als Vetopunkt der kleinen Parteien angesehen werden konnte, da es Alleinregierungen der Sozialdemokraten faktisch unmöglich machte (Hagevi 2003: 369).

Die Verfassungsreform von 1970 könnte den Wandel in den Entscheidungen über die staatliche Parteienfinanzierung in Schweden allein erklären, wenn sie nicht allgemein einen ganz anderen Effekt gehabt hätte als im Bereich der Parteienfinanzierung. In den Entscheidungen über die staatliche Parteienfinanzierung stieg nach 1969 die Konsensorientierung der Parteien signifikant. Dies kam institutionell vor allem dadurch zum Ausdruck, dass bei den Reformen von 1972 und 1991 erstmals auf Allparteienkommissionen zurückgegriffen wurde, die die jeweiligen Entscheidungen einvernehmlich vorbereiteten. Diese Allparteienkommissionen sind typische Einflusspunkte, die die schwedische Verfassung seit jeher vorsieht. Sie dienen explizit der Konsensbildung zwischen den Parteien (Johansson 1992). Aus institutioneller Perspektive lassen sich die Entscheidungen über die staatliche Parteienfinanzierung folgendermaßen erklären: Im Zuge der Verfassungsreform von 1970 verloren die Sozialdemokraten einen Vetopunkt (erste Kammer), während die kleinen Parteien einen hinzugewannen (proportionaleres Wahlrecht). Dies führte dazu, dass die Sozialdemokraten die Entscheidungen über die staatliche Parteienfinanzierung nicht mehr einseitig dominierten, was institutionell wiederum durch die steigende Bedeutung von Einflusspunkten (Allparteienkommissionen) zum Ausdruck kam.

Generell nahm die Konsensorientierung der schwedischen Parteien nach der Verfassungsreform von 1970 deutlich ab, die Zahl der eingesetzten Allparteienkommissionen sank drastisch.⁷ Wie also kam es zu der Persistenz, ja dem neuen Auftreten konsensueller Lösungen im Bereich der staatlichen Parteienfinanzierung?

c) Die Bedeutung der Ziele der Parteien

Die Ziele der Parteien können die neue Priorität konsensueller Lösungen im Bereich der staatlichen Parteienfinanzierung teilweise erklären. Grundsätzlich streben die schwedischen Parteien vornehmlich nach Programmverwirklichung (Lewin 1995, 1998). Gründe dafür sind die Struktur des Parteiensystems, das hohe Maß an Versachlichung des politischen Prozesses sowie die organisatorischen Merkmale der Parteien. Hinsichtlich ihrer Organisation können alle schwedischen Parteien als Massen- und Programmparteien beschrieben werden (Bäck/Möller 2003: 119). Sie verfügen über ein relativ weit verzweigtes Netz von ihnen nahe stehenden Organisationen für Frauen, Jugend, Studenten etc., die nicht unter der direkten Kontrolle der Parteiführungen stehen. Die Struktur des Parteiensystems legt das Streben nach Einfluss auf Politikinhalt deshalb nahe, weil die Sozialdemokraten aufgrund ihrer organisatorischen und elektoralen Stärke in Schweden gleichsam die natürliche Regierungspartei darstellen. Vor der Verfassungsreform von 1970 beschränkte sich die Rolle der kleinen Parteien auf die des Mehrheitsbeschaffers für die so-

7 Sannerstedt 1996: 18; Ruin 1982; Immergut 2002.

zialdemokratischen (Minderheits-)Regierungen. Sie strebten danach, konkrete Entscheidungen im Sinne ihrer Programmatik zu beeinflussen, um vor ihrer Wählerschaft ebenfalls Erfolge vorweisen zu können. Auch in den Entscheidungen über die staatliche Parteienfinanzierung waren die kleinen Parteien auf die Rolle von Mehrheitsbeschaffern limitiert. Dies entspricht dem Typus des „policy-seekers“.

Die „bürgerlichen“ Parteien, also Zentrum, Volkspartei und Moderate, versuchten dieser Beschränkung auf die Rolle des Mehrheitsbeschaffers durch engere Kooperation zu entkommen. Bereits 1960 hatten Volkspartei und Zentrum gemeinsam die „Mittedeclaration“ vorgelegt (Möller 1986: 22). Aus der immer engeren Kooperation beider Parteien erwuchs jedoch nicht wirklich eine gemeinsame Plattform, mit der man hätte die sozialdemokratische Dominanz infrage stellen können. Volkspartei und Zentrum sträubten sich, eine Fusion anzustreben, die insbesondere von der Basis der Volkspartei gefordert wurde (Möller 1986: 59; Larsson 1992: 374). Eine solche Fusion wäre expliziter Ausdruck eines stärkeren Strebens nach Stimmenmaximierung und Regierungsteilhabe gewesen. Auch die wichtigsten Finanziere von Volkspartei und Moderaten, die schwedischen Unternehmen, setzten sich für eine engere Kooperation der bürgerlichen Parteien ein (Sydsvenska Dagbladet, 10.05.65). Wenn die bürgerlichen Parteien sich diesem Drängen widersetzen, so zeigt dies, dass sie letztlich kein Interesse an einem grundsätzlichen Wechsel ihrer Ziele hatten. Im Gegenteil, die staatliche Parteienfinanzierung dürfte ihnen vor diesem Hintergrund sehr gelegen gekommen sein, minderte sie doch deren Abhängigkeit von Unternehmensspenden.

Mit der Verfassungsreform von 1970 entfiel gleichsam der Zwang zum „policy-seeking“, da unter der Bedingung eines offeneren Parteienwettbewerbs für die kleinen Parteien, insbesondere die drei bürgerlichen Parteien, auch weitere Handlungsoptionen wesentlich erfolgversprechender wurden. In der Tat lässt sich bei den Moderaten nach 1968 ein „Strategiewechsel“ feststellen, der sich vor allem in einer Abkehr von rigide antietatistischen Positionen, die einer Kooperation mit Zentrum und Volkspartei im Wege gestanden hatten, ausdrückte (Möller 1986: 112 f.).⁸ Zu einer institutionalisierten Kooperation der bürgerlichen Parteien kam es zwar nicht. Dennoch rückte das Streben nach Regierungsteilhabe etwas mehr in den Fokus der kleinen Parteien.

Nach 1970 wurde der Parteienwettbewerb in der Tat generell konfrontativer, nur eben nicht im Bereich der staatlichen Parteienfinanzierung. Die Analyse der Ziele der Parteien kann dies vor allem mit dem Unwillen von Volkspartei und Moderaten erklären, dem Druck ihrer wichtigsten Geldgeber, den Unternehmen, nachzugeben und enger zu kooperieren. Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, dass die Unternehmen eine ausbleibende Fusion beider Parteien letztlich akzeptiert hätten. Woher rührte also die nach 1970 festzustellende Konsensorientierung? Das zunehmende Streben nach Regierungsbeteiligung hätte ebenso gut zu verschärften Auseinandersetzungen und gegenseitigen Blockaden der beiden Parteiblöcke führen können. Die Ziele der Parteien vermögen deshalb die neue Konsensorientierung im Bereich der Parteienfinanzierung nur teilweise zu erklären.

⁸ Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass die Moderaten ab 1969 auch offen die staatliche Parteienfinanzierung akzeptierten.

d) Die Bedeutung der Diskurse über institutionelle Spenden und politische Korruption

Die Herausbildung eines Konsenses in der Parteienfinanzierung in Schweden lässt sich erst mithilfe des kulturalistischen Zugangs nachvollziehen. Faktisch spielt Korruption in der schwedischen Parteipolitik fast keine Rolle (Andersson 2003). Allerdings hing insbesondere der Volkspartei seit einer Affäre von 1948 der Ruch der Korruption an. Damals wurde ihr vorgeworfen, über ein geheimes Wahlkampfkonto zu verfügen (Ahlmark 1964: 145 f.). Zwar konnte dieser Vorwurf nie bewiesen werden, allerdings gerieten so insbesondere die Spenden der Unternehmen an Volkspartei und Moderate in Misskredit. Welche Kreise die Debatte um die Unternehmensspenden in Schweden gezogen hatte, lässt sich beispielsweise daran ablesen, dass 1965 auch die der Volkspartei nahe stehende und überaus angesehene Tageszeitung „Dagens Nyheter“ in ihren Kommentarspalten darüber speulierte, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Unternehmensspenden an die Moderaten (damals noch Rechtspartei) und deren Richtungswechsel in der Pensionspolitik gebe (Dagens Nyheter, 05.03.65). Die Sozialdemokraten versuchten diese Stimmung aufzugreifen und führten in ihren Zeitungen aggressive Kampagnen gegen die Spenden der Unternehmen.⁹ Angesichts des öffentlichen Druckes erklärte die Volkspartei bereits 1968, dass sie völlig auf Unternehmensspenden verzichten werde, wenn die staatliche Parteienfinanzierung erhöht werde (Dagens Nyheter, 20.09.68). Zwei Jahre später kam sie dieser Ankündigung nach. Nach der gemeinsamen Regierungsübernahme verzichteten 1976 auch die Moderaten auf Druck der beiden anderen bürgerlichen Parteien auf Unternehmensspenden (Dagens Nyheter, 15.10.76).

Letztlich kam durch diesen Verzicht weniger die Diskurshoheit der Sozialdemokraten zum Ausdruck als vielmehr eine tiefe gesellschaftliche Abneigung gegen jeden Einfluss der Wirtschaft auf die Politik. Wie bereits erwähnt, war (und ist) die veröffentlichte Meinung in Schweden klar bürgerlich dominiert. Diskursive Dispositionen hatten somit erheblichen Einfluss auf die Entscheidungen über die staatliche Parteienfinanzierung in Schweden. Das offensichtliche Unbehagen der Gesellschaft insbesondere an Parteispenden aus der Wirtschaft ließ staatliche Zuwendungen zu einer attraktiven, weil unanstößigen, Alternative für die bürgerlichen Parteien werden. Dies war der entscheidende Anreiz für die bürgerlichen Parteien, nach 1970 den Ausgleich mit den Sozialdemokraten in Fragen der staatlichen Parteienfinanzierung zu suchen, obwohl sie sonst eher auf Konfrontation bedacht waren.

Die Herausbildung konsensueller Entscheidungsmuster im Bereich der staatlichen Parteienfinanzierung in Schweden lässt sich also rationalistisch und kulturalistisch folgendermaßen erklären: Nach der Verfassungsreform von 1970 schwanden die Voraus-

9 Zwei Beispiele mögen dies illustrieren: Die Gewerkschaften schalteten etwa Anzeigen in der sozialdemokratischen Presse, in denen die Spenden der Unternehmen an die Volks- und Rechtspartei umgerechnet auf jeden Angestellten aufgeführt wurden (z. B. in Aftonbladet, 01.09.68, S. 19). In sozialdemokratischen Boulevardblättern wurde ferner pünktlich zum Wahlkampf genüsslich darüber berichtet, was mit dem von den Arbeitern erwirtschafteten Kapital geschah (z. B. Aftonbladet, 08.06.69 u. 30.07.73).

setzungen der Dominanz der Sozialdemokraten, weil ein institutioneller Vetopunkt wegfiel (die erste Kammer) und ein anderer an die kleinen Parteien übergang (Einführung des Verhältniswahlrechts). Die drei bürgerlichen Parteien hielten grundsätzlich an ihrer Unabhängigkeit und ihrem Streben nach Programmverwirklichung fest und hatten deshalb ein Interesse daran, sich von ihren Geldgebern aus der Wirtschaft zu emanzipieren. Unternehmensspenden waren gesellschaftlich ferner so diskreditiert, dass im Bereich der Parteienfinanzierung eine genuin konfrontative Politik gegenüber den Sozialdemokraten mangels finanzieller Alternativen nicht infrage kam. Alle Parteien hatten somit nach 1970 ein Interesse an konsensuellen Lösungen, was sich institutionell in der Einsetzung von Allparteienkommissionen zur Reform der staatlichen Parteienfinanzierung widerspiegelte.

5. Fazit

Rationalistische und kulturalistische Ansätze scheinen in der Politikwissenschaft in der Tat vereinbar zu sein. Der rationalistische Ansatz betont den Einfluss von Institutionen und den Zielen, also dem Willen der Akteure, für politische Entscheidungen. Aus kulturalistischer Perspektive handeln Akteure nicht allein intentional, sondern sind auch Teil einer Vorstellung, in der ihr scheinbar intentionales Handeln die Manifestation tief verwurzelter kultureller Muster ist. Wie am Beispiel der Entwicklung der Parteienfinanzierung in Schweden gezeigt werden konnte, ist die Welt der politischen Entscheidungen als Wille und Vorstellung zu begreifen. Die Institutionen des politischen Systems, die Ziele der Parteien und die sich in Diskursen manifestierenden Dispositionen des Handelns von Akteuren, die letztlich außerhalb des Einflussbereichs der Parteien lagen, haben den spezifischen Verlauf der Entscheidungen geprägt.

Der Vorwurf des Kryptodeterminismus gegen kulturalistische Ansätze erscheint im Lichte dieser Befunde wenig angemessen. Insbesondere die Analyse spezifischer Diskurse ermöglicht es, Politikergebnisse an Einstellungen rückzukoppeln, die sich in konkreten Positionen manifestieren (hier: der Diskreditierung von Unternehmensspenden). Die Analyse von konkreten Diskursen macht es überflüssig, mit Totschlagargumenten à la „der“ Staatsferne der Gesellschaft argumentieren zu müssen. Im Gegenteil erscheint es vielmehr deterministisch, allein auf den institutionellen Kontext und die Zielen der Akteure zu rekurrieren, auch wenn diese, insbesondere die Institutionen, im untersuchten Beispiel eine eminent wichtige Rolle für die Strukturierung der Entscheidungen gespielt haben. Offensichtlich kann das Handeln politischer Akteure am besten erklärt werden, wenn man den institutionellen Kontext, ihre Ziele und den diskursiven Kontext, der diese Ziele potenziell beeinflusst, untersucht. Einziger Wermutstropfen dieses Befundes ist, dass er einmal mehr den Abschied von den großen Fragen und den großen Theorien impliziert: Will man all die genannten Variablen operationalisieren, wird man sich auf eng gefasste Fragestellungen beschränken müssen. Die sorgfältige Rekonstruktion von Entscheidungsverläufen erscheint jedoch allemal erstrebenswerter als Großtheorien ohne empirische Grundlage.

Literatur

- Ahlmark, Per, 1964: Vår fattiga politik, Stockholm.
- Andersson, Staffan, 2003: Political Corruption in Sweden, in: Martin J. Bull/James L. Newell (Hrsg.), Corruption in Contemporary Democracies, Basingstoke, 235-248.
- Andrén, Nils, 1968: Sweden: State Support for Political Parties, in: Scandinavian Political Studies 3, 221-229.
- Bäck, Mats/Möller, Tommy, 2003: Partier och organisationer, Stockholm (7. Aufl.).
- Bourdieu, Pierre, 1991: Soziologie als Beruf: wissenschaftstheoretische Voraussetzungen soziologischer Erkenntnis, Berlin/New York.
- Brier, Robert, 2004: Diskursanalyse. Chancen und Möglichkeiten einer kulturwissenschaftlichen Forschungsperspektive am Beispiel des polnischen Verfassungsdiskurses 1989-1997, in: Birgit Schwelling (Hrsg.), Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft: Theorien, Methoden, Problemstellungen, Wiesbaden, 107-127.
- Civildepartementet (Hrsg.), 1991: Kommunalt partistöd: betänkande av partistödsutredningen (SOU 1991: 80), Stockholm.
- Dörner, Andreas, 2001: Politainment: Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt a. M.
- Dörner, Andreas, 2002: Wahlkämpfe – eine rituelle Inszenierung des demokratischen Mythos, in: ders./Ludgera Vogt (Hrsg.), Wahl-Kämpfe: Betrachtungen über ein demokratisches Ritual, Frankfurt a. M., 16-42.
- Finansdepartementet (Hrsg.), 1994: Det offentliga stödet till partierna – inriktning och omfattning: rapport till Expertgruppen för studier i offentlig ekonomi (Ds 1994: 31), Stockholm.
- Gidlund, Gullan M., 1983: Partistöd, Lund.
- Gidlund, Gullan M., 1991: Public Investments in Swedish Democracy. Gambling with Gains and Losses, in: Matti Wiberg (Hrsg.), The Public Purse and Political Parties. Public Financing of Political Parties in Nordic Countries, Helsinki, 13-54.
- Gidlund, Gullan M., 1994: Regulations of Party Finance in Sweden, in: Herbert E. Alexander/Rei Shiratori (Hrsg.), Comparative Political Finance among the Democracies, Boulder, 105-114.
- Halvarson, Arne, 1999: Sveriges statsskick: fakta och perspektiv, Stockholm (11. Aufl.).
- Hagevi, Magnus, 2003: Sweden: Between Participation Ideal and Professionalism, in: Jens Borchert/Jürgen Zeiss (Hrsg.), The Political Class in Advanced Democracies, Oxford, 352-373.
- Immergut, Ellen, 2002: The Swedish Constitution and Social Democratic Power: Measuring the Mechanical Effect of a Political Institution, in: Scandinavian Political Studies 25 (3), 231-257.
- Johansson, Jan, 1992: Det statliga kommittéväsendet. Kunskap, kontroll, konsensus, Stockholm.
- Justitiedepartementet (Hrsg.), 1972: Offentligt stöd till de politiska partier. Betänkande avgivet av 1971 års partistödsutredningen (SOU 1972: 62), Stockholm.

- Kaiser, André*, 1998: Vetopunkte der Demokratie. Eine Kritik neuerer Ansätze der Demokratie typologie und ein Alternativvorschlag, in: ZParl 29, 525-541.
- Kaiser, André*, 2001: Die politische Theorie des Neo-Institutionalismus: James March und Johan Olsen, in: Andre Brodocz/Gary S. Schaal (Hrsg.), Die politischen Theorien der Gegenwart, Bd. 2, Opladen, 253-282.
- Kaiser, André*, 2002: Mehrheitsdemokratie und Institutionenreform. Verfassungspolitischer Wandel in Australien, Großbritannien, Kanada und Neuseeland im Vergleich, Frankfurt a. M./New York.
- Katz, Richard S./Mair, Peter*, 1995: Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emerge of the Cartel Party, in: Party Politics 1 (1), 5-28.
- Landwehr, Klaus*, 2003: Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Archiv für Kulturgeschichte 85 (1), 71-117.
- Larsson, Sven-Erik*, 1992: Mellan Palme och Bohman. Liberala strategier, Stockholm.
- Lewin, Leif*, 1995: Votera eller förhandla? Om den svenska parlamentarismen, Stockholm.
- Lewin, Leif*, 1998: Majoritarian and Consensus Democracy: the Swedish Experience, in: Scandinavian Political Studies 21 (3), 195-206.
- March, James G./Olsen, Johan P.*, 1984: The New Institutionalism: Organizational Factors in Political Life, in: American Political Science Review 78 (3), 734-49.
- March, James G./Olsen, Johan P.*, 1989: Rediscovering Institutions, New York.
- Marsh, David/Furlong, Paul*, 2002: A Skin, not a Sweater: Ontology and Epistemology in Political Science, in: David Marsh/Gerry Stoker (Hrsg.), Theory and Methods in Political Science, Basingstoke, 17-42 (2. Aufl.).
- Mayntz, Renate/Scharpf, Fritz W.*, 1995: Der Ansatz des Akteurszentrierten Institutionalismus, in: dies. (Hrsg.), Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung, Frankfurt a. M./New York, 39-72.
- Mergel, Thomas*, 2004: Kulturwissenschaft der Politik. Perspektiven und Trends, in: Friedrich Jaeger (Hrsg.), Handbuch der Kulturwissenschaften, Bd. 3, Stuttgart, 413-425.
- Möller, Tommy*, 1986: Borgerlig samverkan, Uppsala.
- Reckwitz, Andreas*, 2004: Die Politik der Moderne aus kulturtheoretischer Perspektive: Vorpolitische Sinnhorizonte des Politischen, symbolische Antagonismen und das Regime der Gouvernamentalität, in: Birgit Schwellung (Hrsg.), Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft: Theorien, Methoden, Problemstellungen, Wiesbaden, 33-56.
- Ruin, Olof*, 1982: Sweden in the 1970s: Policy-Making becomes more Difficult, in: Jeremy Richardson (Hrsg.), Policy Styles in Western Europe, London, 141-167.
- Sannerstedt, Anders*, 1996: Negotiations in the Riksdag, in: Lars-Göran Stenelo/Magnus Jerneck (Hrsg.), The Bargaining Democracy, Lund, 17-58.
- Scharpf, Fritz W.*, 1987: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt a. M./New York.
- Scharpf, Fritz W.*, 2000: Interaktionsformen: akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Opladen.
- SOU (Statens offentliga utredningar) (Hrsg.)*, 2004: Allmänhetens insyn i partiers och valkandidaters intäkter. Betänkande av Utredningen om offentlighet för partiers och

- valkandidaters intäkter (SOU 2004: 22), o. O., http://justitie.regeringen.se/propositionermm/sou/pdf/sou2004_22a.pdf (Stand: 22.05.06).
- Strøm, Kaare*, 1990: A Behavioral Theory of Competitive Political Parties, in: *American Journal of Political Science* 34 (2), 565-598.
- Strøm, Kaare/Müller, Wolfgang C.*, 1999: Political Parties and Hard Choices, in: dies. (Hrsg.), *Policy, Office, or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Decisions*, Cambridge, 1-35.
- Thelen, Kathleen*, 1999: Historical Institutionalism in Comparative Politics, in: *Annual Review of Political Science* 2, 369-404.
- Weber, Max*, 1972: Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen, in: ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Tübingen, (6. Aufl., zuerst 1920).
- Wolinetz, Stephen B.*, 2002: Beyond the Catch-All Party: Approaches to the Study of Parties and Party Organization in Contemporary Democracies, in: Richard Gunther/José Ramón Montero/Juan J. Linz (Hrsg.), *Political Parties. Old Concepts and New Challenges*, Oxford, 136-165.

Korrespondenzanschrift:

Michael Koß
Berlin Graduate School of Social Sciences
Humboldt-Universität zu Berlin
Jägerstr. 10-11
10117 Berlin
E-Mail: michael_koss@yahoo.de

Der Autor ist Visiting Scholar an der Berlin Graduate School of Social Sciences der Humboldt-Universität.